

Presseinformation 33/2024

Klimaschädliche Subventionen beenden

Klimafreundliche Förderprogramme transparenter machen

Auch in diesem Jahr hat sich der Klimawandel verstärkt. Immer mehr extreme Wetterereignisse zerstören Mensch und Natur. Fast alle Bundesländer hatten in 2024 unter Hochwasserereignissen zu leiden, Griechenland hat 40 Prozent seines Waldbestandes durch Feuersbrünste verloren, im Mittelmeer wurden im Sommer über 30 Grad Wassertemperaturen gemessen. Das lässt auf weitere katastrophale Überschwemmungen in Zukunft schließen.

Es wird endlich Zeit, dass mehr globale Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden. Dabei hat Deutschland noch lange nicht seine Hausaufgaben gemacht. Wie gerade das Öko-Institut und Fraunhofer ISI im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz berichtet, fördert der Bundesfinanzminister in seinem vorgelegten Haushalt weiterhin mit 36 Milliarden Euro klimaschädliches Verhalten, obwohl er im Koalitionsvertrag den Abbau dieser Subventionen angekündigt hatte. Allein im Verkehrssektor werden nach der lange unter Verschluss gehaltenen Studie rund 25 Milliarden Euro für klimaschädliches Verhalten ausgeschüttet.

Absurd auch die Forderungen aus der Landwirtschaft, die sowohl 5 Milliarden für klimaschädliche Subventionen verlangt als auch Ausgleichszahlungen für Klimaschäden. Während der Bundesverkehrsminister die Finanzierung des 49-Euro-Ticket für Busse und Bahnen nicht mehr umfänglich finanzieren möchte, schichtet der Bundesfinanzminister die eingesparten Gelder um in zusätzliche Subventionen für teure Luxusdienstwagen, die bis zu einem Preis von 95.000 Euro aus dem staatlichen Steuertopf gefördert werden sollen. Der Verband für Wirtschaft und Umwelt (VWU) fordert, dass diese Form der klimaschädlichen Finanzpolitik ein Ende haben müsse. Es können nicht sein, dass die immer größer werdende Klimaschäden durch klimaschädliche Subventionen angeheizt werden.

Der nachhaltige Wirtschaftsverband verweist auch auf die zahlreichen Förderprogramme für Klimaschutzmaßnahmen. Allein die gemeinnützige Beratungsgesellschaft CO2online habe in seinem Fördermittel Check über 700 Förderprogramme von Bund, Ländern, Kommunen und Energieversorgern aufgelistet. Daneben weist der VWU auch auf Fördermöglichkeiten in Rheinland-Pfalz sowie auf Maßnahmen, die in den 21 Leaderregionen des Landes durch EU Mittel gefördert werden können. Dieser Förderdschungel aus KfW, BAFA oder BEG Programmen ergänzt durch KIPKI und LEADER Mittel müsse nach Ansicht des Verbandes bürgerfreundlicher und transparenter ausgestaltet werden. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels sollte die Politik den Abbau klimaschädlicher Subventionen und die Neuordnung klimafreundlicher Förderprogramme stärker in den Fokus nehmen, so der Wirtschaftsverband abschließend.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 19. August 2024